

Die Zukunft der Zukunftsfähigkeit

Ohne die Zivilgesellschaft geht's nicht

Von Angelika Zahrt, Georg Stoll und Klaus Seitz

Nur wenige Studien haben so viel Aufmerksamkeit in der umwelt- und entwicklungspolitischen Diskussion erregt und bleibende Spuren in der deutschen Nachhaltigkeitsdebatte hinterlassen wie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Das Nachdenken über den nötigen Wandel kultureller Leitbilder haben die Studien sicherlich befördert, doch wie steht es um die angemahnte grundlegende sozial-ökologische Neuausrichtung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft? – Eine Bilanz, die nach vorne schaut.

—_____ Zukunftsfähiges Deutschland – das war der Schlüsselbegriff, unter dem die beiden Studien standen, die der BUND gemeinsam mit Misereor 1996 („Zukunftsfähiges Deutschland“, ZD I) und mit Brot für die Welt und Evangelischem Entwicklungsdienst 2008 (ZD II) in die Öffentlichkeit brachten und die vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie erarbeitet wurden. (1) Der Titel war Programm und stand zunächst für den Anspruch, das Ziel einer global verstandenen Nachhaltigkeit auf die ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland hin zu übersetzen. Zwölf Jahre später ging es in der zweiten Studie mit der Forderung nach Zukunftsfähigkeit auch darum, die Idee einer nachhaltigen Entwicklung vor jener Beliebigkeit in Schutz zu nehmen, die in der Zwischenzeit den Nachhaltigkeitsdiskurs seiner systemkritischen Schärfe beraubt hatte.

Systemkritik aber war und ist die Schlussfolgerung, die beide Studien aus der Gegenüberstellung wissenschaftlicher Bestandsaufnahmen mit der Vorstellung eines freien, ökologisch und sozial verantwortlichen Weltbürgertums ziehen. Wenn wir nicht nur heute, sondern auch in Zukunft und nicht nur in Deutschland, sondern weltweit allen Menschen die gleichen Rechte auf die Verwirklichung ihrer Lebenschancen einräumen wollen, dann müssen wir konstatieren: Auf die Weise, wie wir im Norden unseren Wohlstand zu mehren versuchen, wird das nicht gehen. Schlimmer noch: Manche unserer Strukturen und Institutionen sind mitverantwortlich dafür, dass die Rechte von Menschen andernorts und zu späteren Zeiten massiv verletzt werden. Das stellt einerseits ein Problem dar, weil wir nach Grundsätzen leben, die wir anderen verweigern. Andererseits wird uns der Mangel an Universalisierbarkeit inzwischen auch dadurch vor Augen geführt, dass die unerwünschten Nebenwirkungen unseres Entwicklungsmodells längst auch auf unseren Wohlstandsinseln spürbar sind. Daher lautete der Befund beider Studien: Deutschland ist (noch) nicht zukunftsfähig.

ZD I: Ziele, Ansätze, Resonanz

Die Geschichte von ZD I, der ersten großen Nachhaltigkeitsstudie in Deutschland, beginnt mit der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Nach dem Ende des Kalten Krieges bestand die Hoffnung, frei gewordene politische Energien und finanzielle Mittel in die Bewältigung der beiden großen Weltprobleme Umweltzerstörung und Armut stecken zu können. Wichtige Vorarbeiten dazu hatte der Brundtland-Bericht mit der Einführung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung geleistet. (2) Obwohl in Rio grundlegende Konventionen zum Schutz von Klima und Biodiversität verabschiedet worden waren und alle Staaten sich mit der Agenda 21 auf Nachhaltigkeit als Leitfaden für das 21. Jahrhundert verpflichtet hatten, blieben unmittelbare politische Konsequenzen zunächst aus. Am Rand des G7-Gipfels im Juli 1992 kamen deshalb NGOs aus mehreren Ländern in München zu einem Austausch über die Schlussfolgerungen, die nach Rio zu ziehen waren, zusammen. Dabei wurde die Studie „Sustainable Netherlands“ bekannt, in der Milieu Defensie, die niederländische Partnerorganisation des BUND im internationalen Netzwerk der Friends of the Earth, die Reduktionsziele bis 2050 sowie konkrete CO₂-Kontingente

für jede(n) Niederländer(in) berechnet hatte. Dieser neuartige Ansatz war ein wesentlicher Anstoß für ZD I, denn auch in Deutschland waren die Nachhaltigkeitsanforderungen bis dato abstrakt und harmlos geblieben.

ZD I fand bei seinem Erscheinen 1996 mit rund 1.000 Veranstaltungen im ersten Jahr große Resonanz und löste heftige Debatten und teils Empörung aus. Ihre langfristige Wirkung verdankt die Studie vor allem einigen Ansätzen, die ZD I neu in die Debatte einführte:

▫ *Umweltraum*: Wie „Sustainable Netherlands“ baute auch ZD I auf der Idee des Umweltraums des Umweltökonom Hans Opschoor auf, wonach eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung nur innerhalb der ökologischen Grenzen eines gegebenen Raumes erfolgen kann. Heute findet dieser Gedanke seinen Ausdruck vor allem im Konzept planetarischer Grenzen. Dieses Modell ist wissenschaftlich längst anerkannt, steht aber im politischen Raum nach wie vor in Konkurrenz zur gängigen Vorstellung des Nachhaltigkeitsdreiecks, das die grundsätzliche Gleichrangigkeit von Ökologie, Sozialem und Ökonomie behauptet.

▫ *Gleiche Teilhabe an den globalen Ressourcen*: Dieser Grundsatz stellte nicht nur den Wohlstand der 20 Prozent der Weltbevölkerung in Frage, die damals 80 Prozent der weltweiten Ressourcen beanspruchten. Er demaskierte auch das Versprechen einer nachholenden Entwicklung, die sich an diesem ressourcenintensiven Wohlstandsmodell orientiert, als unhaltbar. Das Prinzip, dass alle Menschen den gleichen Anspruch auf die Nutzung globaler Güter haben, dürfte aus einer Gerechtigkeitsperspektive unmittelbar einleuchten – ihm steht indes nach wie vor eine ökonomische Wirklichkeit entgegen, in der mit harten Bandagen um Besitzstände, Wettbewerbsvorteile und Marktanteile gekämpft wird.

▫ *Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum*: Aus der Notwendigkeit, die Grenzen des globalen Umweltraumes einzuhalten, ergibt sich für ZD I die Folgerung, dass Wachstum innerhalb dieser Grenzen ein mögliches Resultat, aber kein vorrangiges Ziel des Wirtschaftens sein kann. Diese Verhältnisbestimmung hat in der deutschen Politik kaum Niederschlag gefunden. Im Gegenteil: Nachhaltigkeitsbekenntnisse etwa im Bereich des Klimaschutzes stehen unter Wachstumsvorbehalt. De facto hat sich diese Wachstumsfixierung als wesentliches Hindernis für die Umsetzung einer zukunftsfähigen Entwicklung erwiesen.

- *Langfristiger Zielhorizont*: Die Formulierung quantifizierter Umweltziele für das Jahr 2050 stieß zwar auf die Kritik, sich damit der politischen Planbarkeit zu entziehen, machte aber umgekehrt gerade die neue Herausforderung deutlich, sich im politischen Alltagsgeschäft auch strategischen Grundsatzentscheidungen zu stellen, die angesichts ökologischer Entwicklungen unausweichlich sind. Diese notwendige Langfristorientierung kommt heute beispielsweise in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und in vielen internationalen Abkommen wie der Agenda 2030 zum Ausdruck.
- *Kultureller Wandel*: ZD I formulierte Leitbilder, die nicht nur auf unsere Produktions-, sondern auch auf unsere Lebensmuster Bezug nehmen. Entgegen der Logik des Schneller, Weiter, Neuer, Mehr gilt es, die Lebensqualität eines Langsamer, Näher, Schöner, Weniger zu entdecken. Die Diagnose heute ist diesbezüglich ambivalent: Beim Konsum setzt sich der Trend zu größeren Autos, Wohnungen, Fernreisen fort, gleichzeitig zeugen aber der steigende Absatz von Bio- und Fairtrade-Produkten oder auch Initiativen zum Do-it-Yourself davon, dass viele Menschen andere Orientierungen suchen.
- *Zählen und Erzählen*: Die Kooperation eines wissenschaftlichen Instituts, eines Umweltverbands und eines Hilfswerks war für alle Beteiligten ein Wagnis, das auch beim methodischen Vorgehen seine Spuren hinterlassen hat. Ein Novum war die Mischung aus quantitativen Aussagen bei Zielen und Maßnahmen und anschaulichen Beschreibungen bei den Leitbildern. Diese Mischung aus Zählen und Erzählen trug viel zur Kommunikationsfähigkeit der Studie bei. Heute kommt sie dem Bedürfnis nach Narrativen entgegen, nach einer Ergänzung der nüchternen Analyse durch lebensweltliche Sinnbezüge.

ZD II: Vier Leitbilder für den Kurswechsel

Die heutige Bilanz, gut 20 Jahre nach der ersten Studie, fällt also gemischt aus: Sie beeinflusste zweifelsohne die Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland und deren institutionelle Verankerung. Sie hat das Nachdenken über den Wandel kultureller Leitbilder angestoßen. Eine umfassende gesellschaftliche, politische wie ökonomische Neuorientierung in Richtung eines „zukunftsfähigen Deutschlands“ blieb aber aus. Deutschland setzte den Weg auf einem nicht nachhaltigen Entwicklungspfad unbeirrt fort. Dies zeichnete sich bereits wenige Jahre nach der Veröffentlichung ab, sodass es nahe lag, unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen und neuer He-

„ Die Wende zu einem zukunftsfähigen Deutschland erfordert politische Regelsetzungen, lässt sich aber gleichwohl nicht von oben verordnen. “

erausforderungen einen neuen Anlauf zu wagen. Die neue Studie sollte keine Fortschreibung der ersten werden, sondern eher eine Neuschöpfung für den Problemkontext der kommenden Jahre. Dabei sollten zentrale Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre aufgenommen werden:

⇨ erstens der Globalisierungsschub in Wirtschaft, Politik und Kultur, mit dem sich die Frage nach der Verantwortung Deutschlands und Europas in der Welt umso drängender stellte;

⇨ zweitens das Ende der wohlfahrtsstaatlichen Expansion in Deutschland und somit die Herausforderung, mit geringeren Mitteln eine florierende, sozial inklusive Gesellschaft zu realisieren;

⇨ drittens die Hartnäckigkeit der Wachstumsideologie, in der Nachhaltigkeit zur Floskel zu werden drohte, weswegen sich die Frage nachdrücklicher stellte, welche Spielräume und Veränderungskräfte der Nachhaltigkeit politische Durchschlagskraft verleihen konnten.

Die Verflechtungen zwischen nationaler und internationaler Entwicklung und die Verschärfung globaler Problemlagen ließen es als erforderlich erscheinen, notwendige Schritte zu einem Kurswechsel nicht nur auf der lokalen, nationalen und europäischen, sondern auch auf der weltpolitischen Ebene auszubuchstabieren. Die Optionen für eine politische Gestaltung des Globalisierungsprozesses rückten daher noch stärker ins Blickfeld. Die Herausforderungen, die sich aus dem Aufstieg der Schwellenländer und dem Entwicklungsverlangen der ärmeren Welt für eine Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland ergeben, entfaltetes das Ausgangsszenario, das in der Erkenntnis gipfelte: Armutslinderung ist in einer ökologisch begrenzten Welt nur möglich, wenn wir auch zur Reichtumslinderung bereit sind. Selbstbegrenzung und Suffizienzpolitik sind im wohlhabenden Teil der Welt das Gebot der Stunde. Die Verschränkung von sozialen und ökologischen Problemlagen musste auch für Deutsch-

land neu beleuchtet werden, gilt doch auch hierzulande, dass eine Abkehr vom Wachstumspfad mit einem neuen sozialen Ausgleich und einer Neuverteilung von Arbeit und Einkommen einhergehen muss.

Die Konsequenzen des ökologischen Umbaus für die Gestaltung unserer Arbeitsverhältnisse und die Stärkung sozialer Sicherheit waren zuvor in dieser Tiefe noch nicht ausgeleuchtet worden und für Entwicklungs- wie Umweltverbände ein besonderer Erkenntnisgewinn. Der mehrdimensionale Zugang zu „Zukunftsfähigkeit“, den ZD II wählte, spiegelte sich auch in den vier Leitbildern wider, die dem Kurswechsel in Deutschland die Richtung weisen sollten: einem kosmopolitischen („Gastrecht für alle“), einem ökologischen („Ökologischer Wohlstand“), einem sozialpolitischen („Gesellschaft der Teilhabe“) und einem wirtschaftspolitischen („Die ganze Wirtschaft“). Der Anspruch, ganzheitlich und umfassend der Komplexität gerecht zu werden, hat dazu geführt, dass die zweite Studie 656 Seiten dick geworden ist und ihr Umfang vielen den Zugang erschwert hat. BUND, Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) und das Wuppertal Institut traten wenige Wochen nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 mit ZD II an die Öffentlichkeit. Diese Krise hatte uns den konstatierten Mangel an *Global Governance* und die Fragilität des Weltsystems schneller als erwartet spüren lassen. Gleichzeitig hat die hektische Betriebsamkeit bei der Krisenbewältigung und der Stabilisierung der Finanzmärkte auch die Rezeption einer Studie beeinträchtigt, die auf ein neues Wirtschafts- und Zivilisationsmodell zielte.

Die Früchte der Zusammenarbeit

Die transdisziplinäre Kooperation war für alle Beteiligten ein Wagnis, das sich gelohnt hat. Die Zusammenarbeit hat Anregungen aus unterschiedlichen Perspektiven ermöglicht, die aus der jeweiligen Binnensicht nicht entstanden wären. Sie hat den Positionen des Umweltverbands und der kirchlichen Entwicklungsorganisationen mehr Gewicht verliehen und den Analysen des wissenschaftlichen Instituts zusätzliche politische Relevanz. Gerade bei einer so umfassenden Fragestellung wie der des ökologisch-sozialen Wandels spielt diese Kooperation auch heute für uns eine bedeutende Rolle. Die Agenda 2030 lässt sich nur umsetzen, wenn Akteure aus den verschiedenen gesellschaftlichen Spektren und Themenfeldern zusammenarbeiten.

Die Zivilgesellschaft ist auf gutem Wege, neue Kooperationsformate zu entwickeln. Beispielhaft dafür sei auf die Klima-Allianz oder die Verbändeplattform Netzwerk Agenda 2030 verwiesen, an der Umwelt-, Entwicklungs-, Menschenrechts-, Friedens- und Sozialverbände mitarbeiten.

Die mehrjährige Zusammenarbeit zwischen einem Umweltverband und Entwicklungsorganisationen hat die Wahrnehmung dafür geschärft, dass Entwicklungs-, Umwelt- und Sozialpolitik aufeinander angewiesen sind. Aus dieser Perspektive die Politik mit ihren Ressortabgrenzungen immer wieder herauszufordern, sehen wir deshalb als eine bleibende Aufgabe. Schon in Deutschland wird das gleichzeitig notwendiger und schwieriger. Populistische Strömungen machen sich die sozialen Abstiegsängste vieler Menschen zunutze, die mit Globalisierung und Transformation verbunden sind. Erst recht gilt das für den internationalen Kontext, wo sich die Konflikte zwischen den Gewinner(inne)n und den Verlierer(inne)n globalisierter Märkte noch schärfer zuspitzen.

„ Armutslinderung ist in einer ökologisch begrenzten Welt nur möglich, wenn wir auch zur Reichtumslinderung bereit sind. “

Es wird nicht einfacher werden, in einem solchen Klima mit fundamentaler Wachstumskritik und dem Plädoyer für einen zivilisatorischen Wandel Anklang zu finden. Die Erfahrungen haben gezeigt, wie tief die ökonomische Wachstumsideologie in Wirtschaft, Politik und Medien verwurzelt ist. Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist heute sicherlich breiter und vielfältiger geworden. Umso mehr beunruhigt die anhaltende Kluft zwischen dem Wissen, das inzwischen in unserer Gesellschaft verfügbar ist, und den Trends beim Konsum, beim Ressourcen- und Energieverbrauch, bei der Mobilität und Stadtentwicklung, in der Landwirtschaft und bei der Verweigerung von Unternehmensverantwortung, die dieses Wissen ständig konterkarieren. Es ist deut-

lich geworden, wie tiefgreifend der notwendige ökologisch-soziale Wandel sein muss und wie stark nicht nur die ausdrücklichen politischen und wirtschaftlichen Widerstände, sondern auch unsere mentalen und kulturellen Blockaden sind.

Die Aufgaben der Zivilgesellschaft

Was folgt daraus für unsere Rolle als zivilgesellschaftliche Akteure in diesem Transformationsprozess? Wir müssen die Politik immer wieder dazu auffordern, offen zu sein für Impulse aus der Zivilgesellschaft für eine ökologisch-soziale Transformation und auch selbst Alternativen für den Wandel zu entwickeln und öffentlich zur Debatte zu stellen. Eine solche Debatte muss Zielkonflikte thematisieren, statt sie zu verschleiern. Als Watchdog bleibt es zudem eine zentrale Aufgabe, die Umsetzung ambitionierter Ziele für eine faire und nachhaltige Politik einzufordern und zu überwachen. Auch darüber, wie wir unsere Vermittlungsfunktion besser wahrnehmen können, müssen wir uns Gedanken machen. Zum einen besteht ein Defizit beim Transfer der vielen ermutigenden Initiativen, die es auf lokaler Ebene gibt, auf die politische Ebene der Rahmensetzung. Hier sind einzelne Initiativen oft überfordert, während politischen Akteuren meist der Blick und die Aufmerksamkeit für beispielhafte innovative Projekte fehlt. Ein anderer bislang vernachlässigter Bereich ist die Vermittlung von Erfahrungen aus Niedrig- und Mitteleinkommensländern in die Debatten um Transformation und Postwachstum in unserem Land.

Vor allem aber wird sich die Zivilgesellschaft mehr denn je als Vordenkerin und Vorreiterin für den gesellschaftlichen Wandel begreifen müssen. Dabei muss uns neben der Suche nach Optionen für den sozial-ökologischen Umbau auch der Umgang mit der Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln beschäftigen – in der Politik wie bei uns selbst. Wie können wir wirksamer motivieren und mobilisieren, ohne dabei zu manipulieren oder zu moralisieren? Die zivilgesellschaftlichen Potenziale, um einen Bewusstseinswandel in unserer Gesellschaft einzuleiten und das bürgerschaftliche Engagement von unten zu stärken, gilt es weiter auszubauen. Die Wende zu einem zukunftsfähigen Deutschland erfordert politische Regelsetzungen, lässt sich aber gleichwohl nicht von oben verordnen. Nachhaltige Entwicklung braucht zivilgesellschaftliche Partizipation und breite gesellschaftliche Mobilisierung. Dabei reicht es freilich nicht, Veränderungsprozesse nur bei anderen anzumahnen: Praktische Alter-

nativen und nachhaltige Formen des Wirtschaftens und Arbeitens müssen auch konkret in den eigenen Institutionen zivilgesellschaftlichen Handelns erprobt und weiterentwickelt werden. Agenten des Wandels können wir nur sein, wenn wir auch zeigen können, dass Alternativen möglich und machbar sind – und wir es selbst ernst damit meinen. ———

Anmerkungen

(1) BUND/Misereor (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Studie des Wuppertal Instituts. Basel et al.

BUND/Brot für die Welt/Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Eine Studie des Wuppertal Instituts. Frankfurt a.M.

(2) Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven.



Wie machen Sie sich selbst zukunftsfähig?

a) Ich spiele mit der Zukunft, mit meiner Enkeltochter Rana.

b) Frei nach Ignatius von Loyola: Nicht das Vielhaben macht zufrieden, sondern das Genießen auch der kleinen Dinge.

c) „Die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft geben fürs Leben die richtige Haltung.“ (Bonhoeffer)

Zur Autorin, zu den Autoren

a) Angelika Zahrnt, geb. 1944, ist Volkswirtin und nach vielen Jahren als stellvertretende, dann als Vorsitzende des BUND nun dessen Ehren-

vorsitzende. Sie arbeitet und veröffentlicht zu Nachhaltigkeit, Postwachstum und Suffizienz.

b) Georg Stoll, geb. 1960, studierte Theologie, Philosophie und Religionswissenschaften. Seit 1998 arbeitet er bei Misereor.

c) Klaus Seitz, geb. 1959, studierte Pädagogik und Philosophie und leitet die Abteilung Politik bei Brot für die Welt.

Kontakt

Prof. Dr. Angelika Zahrnt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

E-Mail Angelika.Zahrnt@bund.net

Dr. Georg Stoll

Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.

E-Mail georg.stoll@misereor.de

Dr. Klaus Seitz

Brot für die Welt

E-Mail klaus.seitz@brot-fuer-die-welt.de